

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	25.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Gleichgeschlechtliche Paare
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Petition / Eingabe / Beschwerde
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne
Guignard, Sophie
Käppeli, Anita
Müller, Eva

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Guignard, Sophie; Käppeli, Anita; Müller, Eva 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Gleichgeschlechtliche Paare, Petition / Eingabe / Beschwerde, 1995 – 2015*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 25.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Sozialpolitik	1
Soziale Gruppen	1
Familienpolitik	1
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	2
Parteien	2
Konservative und Rechte Parteien	2

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Chronik

Sozialpolitik

Soziale Gruppen

Familienpolitik

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE
DATUM: 07.09.1995
MARIANNE BENTELI

Die EDU lancierte daraufhin ihrerseits eine **Petition, welche im September mit rund 88 000 Unterschriften eingereicht wurde**. Sie verlangt, dass die traditionelle Familie vom Staat rechtlich und finanziell klar bevorzugt wird. Eine Gleichstellung der homosexuellen mit den heterosexuellen Paaren lehnt sie in aller Form ab, da ihrer Ansicht nach eine Gesellschaft, die Homosexualität fördere, sich selber zerstöre.¹

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE
DATUM: 31.12.1995
MARIANNE BENTELI

Eine **Petition** mit über 85 000 Unterschriften forderte "**gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare**". Die Schwulen- und Lesbenorganisationen verlangten insbesondere das Aufenthaltsrecht für die ausländischen Partner und Partnerinnen sowie die Gleichstellung mit heterosexuellen Ehepaaren im Krankheits- oder Todesfall.²

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE
DATUM: 19.09.1996
MARIANNE BENTELI

Der Bundesrat soll prüfen, wie die rechtlichen Probleme **gleichgeschlechtlicher Paarbeziehungen** beseitigt werden können. Bei der Behandlung einer diesbezüglichen, 1995 eingereichten Petition, beschloss der Nationalrat mit 68 gegen 61 Stimmen ein entsprechendes Postulat seiner Rechtskommission. Der Bundesrat war aber kurz zuvor auch schon von sich aus tätig geworden und hatte das Bundesamt für Justiz mit der Erstellung eines Berichts beauftragt, der die verschiedenen gesetzlichen Möglichkeiten aufzeigen soll, nach denen nicht konventionell verheiratete Paare zusammenleben. Die ebenfalls im Vorjahr eingereichte Petition aus EDU-Kreisen für die Förderung "gesunder" Familien und gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare wurde in seiner Hauptstossrichtung klar mit 92 zu 30 Stimmen abgelehnt; einzig der unbestrittene Teil der Petition (Schutz von Familie und Ehe) wurde dem Bundesrat zur Kenntnisnahme überwiesen.³

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE
DATUM: 19.06.1997
MARIANNE BENTELI

Der **Ständerat** schrieb die im Vorjahr vom Nationalrat an den Bundesrat überwiesene Petition für gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare ab. Da der Bundesrat einen Bericht zur Beseitigung rechtlicher Probleme - Steuer-, Zivilstands-, Erbschafts- und Ausländerfragen - in Auftrag gegeben habe, sei es überflüssig, hier doppelt zu nähern. In den Augen der Ständeratskommission ist eine **weitgehende Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Beziehungen mit einer Ehe allerdings nicht wünschenswert**, weshalb sie auch ein entsprechendes Postulat einer Kommissionsminderheit unter Aeby (sp, FR) ablehnte. Gleich wie schon der Nationalrat überwies die kleine Kammer eine Petition der EDU, die sich gegen diese Gleichstellung wehrte, nur im proklamatorischen zweiten Punkt (Schutz "gesunder" Familien) dem Bundesrat zur Kenntnisnahme.⁴

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE
DATUM: 15.11.2011
ANITA KÄPPELI

Der **Nationalrat** bestätigte seine ablehnende Haltung in der Herbstsession, als er nicht auf eine Petition des Vereins Familienchance eintrat, welche die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegenüber heterosexuellen Paaren im Bereich des Eltern- und Adoptionsrechts forderte. Im Gegensatz dazu sprach sich die **Rechtskommission des Ständerats** im November dafür aus, dass Paare in eingetragener Partnerschaft Kinder adoptieren dürfen.⁵

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE
DATUM: 17.12.2015
SOPHIE GUIGNARD

Lors de la session des jeunes, les parlementaires en herbe avaient déposé une pétition réclamant l'**égalité des droits pour les homosexuels**. Celle-ci a été débattue au Conseil national en même temps qu'une initiative cantonale émanant de Genève et l'initiative parlementaire du député Reynard (ps, VS) exigeant toutes deux que la discrimination en fonction de l'orientation sexuelle soit pénalisée dans la Constitution pour la première et figure dans le code pénal pour la deuxième. Ces deux propositions ont été acceptées, à l'inverse de la pétition. Celle-ci allait plus loin que les deux initiatives, en demandant notamment le droit au mariage pour les couples homosexuels. Une minorité

avait proposé que la pétition soit renvoyée en commission avec consigne pour celle-ci d'en élaborer une motion ou un postulat. La chambre basse a balayé la suggestion, préférant à 92 voix contre 85 et 8 abstentions de ne pas donner suite à l'objet de la session des jeunes.⁶

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Konservative und Rechte Parteien

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE
DATUM: 07.09.1995
EVA MÜLLER

Zu Beginn des Jahres lancierte die EDU eine Petition «Für die Förderung gesunder Familien und gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare». Geschützt werden sollen damit gemäss der Partei die **Grundzellen des Staates Ehe, Familie und Kinder**.

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE
DATUM: 19.06.1997
EVA MÜLLER

Einer 1995 mit 88'000 Unterschriften eingereichten Petition «Für die Förderung gesunder Familien und gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare» der EDU gab der Ständerat keine Folge. Nur die Forderung, die **Grundzellen des Staates (Ehe, Familie und Kinder) seien zu schützen**, überwies er dem Bundesrat zur Kenntnisnahme.⁷

1) Presse vom 7.9.95.

2) Presse vom 10.1.95; Plädoyer, 1995, Nr. 1, S. 24 ff

3) Amtl. Bull. NR, 1996, S. 913 ff.; Bund, 19.4.96. Siehe SPJ 1995, S. 270.

4) Amtl. Bull. StR, 1997, S. 700 ff. Siehe SPJ 1996, S. 284.

5) AB NR, 2011, S. 1835 ff.; NZZ, 1.10.11; TA, 17.11.11.

6) BO CE 2015, p.; BO CN 2015, p.297 ss.

7) AB SR, 1997, S. 702 f.